

FREIHEIT UND RECHT

Halbjahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V.

Dezember 2012/1+2

Todfeinde – Komplizen – Kriegsbrandstifter

**Eine Veranstaltung zum Hitler-Stalin-Pakt
am 23. August 2012 in Leipzig**

Von Gerald Wiemers

In der einstigen DDR schien der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 unbestritten. Die Sowjetunion musste handeln, um einen Angriff des faschistischen Aggressors soweit wie möglich hinauszuzögern. Es wurde aber bekannt, dass deutsche Kommunisten in Moskau nach diesem Pakt verfolgt, umgesiedelt und teilweise an das nationalsozialistische Deutschland ausgeliefert wurden. Letzte Klarheit schuf das geheime Zusatzprotokoll zur Aufteilung Polens unter den Vertragspartnern, abgedruckt in der Monographie von Reinhard Kühnl, „Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten“. Das Buch erschien im – in die auf vielfältige Weise effektive „Westarbeit“ der SED eingebundenen – Pahl-Rugenstein-Verlag in Köln und war in der DDR seit Mitte

der 80er Jahre als Taschenbuch zugänglich, wurde aber nur von Insidern beachtet. Als die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ im Oktober 1988 über den „Nichtangriffspakt“ berichtet, ließ Honecker die Verbreitung der Zeitschrift verbieten: Einmal mehr positionierte sich der „Staatsratsvorsitzende“ als unbelehrbarer Spätstalinist. In zwei Publikationen(1) entlarvt Richard Buchner, Schüler von Richard Löwenthal am Otto-Suhr-Institut, Forschungsstudent der Lomonossow-Universität 1967/68 in Moskau, den Charakter dieses „Vertrages“ und beschreibt zugleich die Eskalation von Terror und Gewalt im Sowjetsystem des 20. Jahrhunderts. Bereits im April 2009 hatte das EU-Parlament den 23. August zum „Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus“ erklärt.

Der Leipziger Universitätsverlag und das Bürgerkomitee Leipzig riefen zu einer Buchvorstellung an diesem denkwürdigen Tag in das Museum in der „Runden Ecke“ auf. Unter der umsichtigen, ausgleichenden Moderation von Verlagsleiter Dr. Gerald Diesener diskutierten der Autor Dr. Richard Buchner und Dr. Klaus-Dieter Müller von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, seit 2009 Inhaber des „Ordens der Freundschaft“, der höchsten russischen Auszeichnung für Ausländer.

Die Diskussion war geprägt von außerordentlich hoher Sachkenntnis. Kontrovers interpretierte Fragen blieben die Ausnahme. Das kleine, aber sehr interessierte Auditorium folgte zunächst der Rede Molotows vor Deputierten vom Oktober 1939.

(Fortsetzung Seite 3)

Gabriele Hammermann
**Die KZ-Gedenk-
stätte Dachau**

Seite 4

Jörg Skriebeleit
**KZ-Gedenkstätte
Flossenbürg**

Seite 5

Wolfgang Buschfort
**Antikommunismus
und Antinational-
sozialismus**

Seite 14

Inhaltsverzeichnis

Gerald Wiemers Todfeinde – Komplizen – Kriegsbrandstifter	Seite 1
Impressum	Seite 2
<i>Online-Angebot und Spendenbitte</i>	Seite 3
Gabriele Hammermann Die KZ-Gedenkstätte Dachau	Seite 4
Jörg Skriebeleit KZ-Gedenkstätte Flossenbürg	Seite 5
Horst Hennig/ Gerald Wiemers Von Hitler, Stalin und beiden zusammen verfolgt	Seite 7
Armin Pfahl-Traugher Kann und soll man die NPD verbieten – 30 Thesen	Seite 9
Erich Loest Spät kommt ihr, doch ihr kommt	Seite 11
Waldemar Ritter Später Sieg der Diktaturen?	Seite 13
Wolfgang Buschfort Antikommunismus und Antinationalsozialismus	Seite 14
Hans Marquardt zum 85. Geburtstag	Seite 18
Neuerscheinungen	Seite 19

Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe:

Der Aufstand vom 17. Juni 1953
vor 60 Jahren

Editorial

Etliche Leser von FREIHEIT UND RECHT sahen schon die Pleite heraufziehen und bedauerten den „Untergang“ der damaligen, mit dem Namen der Grande Dame der deutschen Politik, der einstigen Bundestagspräsidentin Dr. h. c. Annemarie Renger, verknüpften Vierteljahresschrift. Doch eine Sanierung ist gelungen. FREIHEIT UND RECHT erscheint künftig als Halbjahresschrift, also zwei Mal im Jahr ohne Konzessionen an den „Zeitgeist“ bzw. „Zeitungeist“. Unterstützung und Zusammenarbeit kommt von der Stiftung Bayerischer Gedenkstätten: Die Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg liefern ab dieser Ausgabe

regelmäßig einen Bericht – sei es zu allgemeinen oder zu aktuellen Fragen der jeweiligen Gedenkstätte –, die damit ein zusätzliches Stück öffentlicher Begleitung finden sollte.

Wir möchten nicht über die Vergangenheit jammern, sondern es im europäischen Rahmen als eine Art „Bildungsprivileg“ des bis 1989/90 geteilten Deutschland auffassen, beide Varianten des Totalitarismus erlebt und erlitten zu haben – und dies in Gegenüberstellung mit 44 Jahren lebendigen demokratischen Aufbaus zur gleichen Zeit im gleichen Lande.

Jürgen Maruhn, Redaktion

FREIHEIT UND RECHT

**Halbjahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V., www.bwv-bayern.org
Vorsitzender: Dr. Helmut Ritzer, Kochstraße 21, 91054 Erlangen

Redaktion: Jürgen Maruhn, Tel. 089/1576813, E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de

Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

FREIHEIT UND RECHT

jetzt auch elektronisch

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern senden wir auch die mit der gedruckten Ausgabe deckungsgleiche Online-Version unserer Zeitschrift. Bitte teilen Sie der Redaktion (E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de, Telefon: 089/1576813) Ihren diesbezüglichen Wunsch und Ihre E-Mail-Adresse mit. Mitglieder des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V. erhalten das gedruckte Heft in jedem Falle weiterhin. Falls die Sendung – gleich welcher Art – nicht wunschgemäß funktionieren sollte, unterrichten Sie bitte die Redaktion.

Dank an Leser und Autoren

Infolge beachtlicher Unterstützung durch die ohne Honorar arbeitenden Autoren und Spenden aus der Leser- und Mitgliedschaft ist es dennoch möglich, die traditionsreiche Zeitschrift aufrechtzuerhalten und dem Konzept einer kombinierten Auseinandersetzung mit den verschiedenen Feinden der Demokratie eine Stimme zu verleihen. Dafür

sind wir dankbar! Ebenso dankbar sind wir für den Zuspruch aus Politik-, Geschichts- und Rechtswissenschaft sowie aus dem Kreise von Bundes- und Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Allerdings ist bis auf Weiteres nur ein zweimaliges Erscheinen pro Jahr möglich, wenn die Spenden nicht nachlassen.

Dringende Bitte um weitere Spenden

Wir bitten erneut um viele kleine und gern auch größere Spenden, wo immer dies möglich ist.

Die Konto-Angaben lauten:

FREIHEIT UND RECHT,
Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,
Münchner Bank.

*Mit besten Wünschen für das Jahr 2013
grüßen*

Herausgeber und Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

Gerald Diesener trug auszugsweise daraus vor. Das nazistische Deutschland mutiert vom Todfeind zum Komplizen der Sowjetunion. Die Rede ist von Polen, der „Missgeburt des Versailler Vertrages“. Stalin feiert den Pakt als einen Sieg zur Zerschlagung des „faschistischen“ Nachbarstaates. Buchner nennt den „Nichtangriffsvertrag“ vom 23. August 1939 unumwunden einen Aggressionspakt, der sich gegen die Existenz des polnischen Staates richtete, Deutschland den Krieg gegen Frankreich eröffnete und Stalin ermöglichte, die baltischen Staaten und Moldawien (Bessarabien) zu „vereinnahmen“. Zwei verbrecherische Regimes teilten ihre Einflussphären unter sich auf. Suchte Stalin mit Hilfe des Krieges die Weltrevolution weiter auszudehnen? Wie hätte sich die Sowjetunion anders verhalten sollen oder müssen? Tatsächlich folgte im Februar 1940 noch ein weiterer Pakt. Das Rüstungsabkommen zwischen Deutschland und der



Der Autor

Professor Dr. Gerald Wiemers ist Historiker und Archivwissenschaftler. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der SED-Diktatur sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig. Kürzlich erschien der sechste Band der Sächsischen Lebensbilder, für den Prof. Wiemers verantwortlich zeichnet.

UdSSR vertiefte die Komplizenschaft. Bis zum 20. Juni 1941, so Klaus-Dieter Müller, rollten Waffen in den Osten. Umgekehrt belieferte die Sowjetunion Nazi-Deutschland mit kriegswichtigen Rohstoffen.

Letztlich führte der Hitler-Stalin-Pakt, davon ist Müller überzeugt, in einen Krieg, der sich zum Weltkrieg ausweitete. Der Feind meines Feindes, gemeint sind die Westmächte, ist nach Stalin mein Freund. Der Pakt, so Buchner, „ist der letzte Schritt in den Abgrund!“ Auch vor dem Hintergrund der jahrzehntelang geleugneten sowjetischen Massaker in Katyn und Winniza ist heute - das als Fazit - eine europäische Friedenspolitik, die auf Versöhnung ausgelegt ist, notwendiger denn je.

(1) Richard Buchner, Todfeinde – Komplizen – Kriegsbrandstifter, Der Hitler-Stalin-Pakt und die Folgen, Leipzig 2010 Richard Buchner, Terror und Ideologie, Zur Eskalation der Gewalt im Leninismus und Stalinismus (1905 bis 1937/1941), Leipzig 2011.

Die KZ-Gedenkstätte Dachau

Von Gabriele Hammermann

Das Konzentrationslager Dachau gehörte zu den ersten Konzentrationslagern und bestand als einziges Lager während der gesamten zwölf Jahre der NS-Herrschaft. Es wurde im März 1933 errichtet und diente als Modell für alle später errichteten Konzentrationslager. In den zwölf Jahren seines Bestehens waren hier und in den zahlreichen Außenlagern über 200.000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert. Mehr als 41.500 kamen ums Leben.

Der Initiative der ehemaligen Häftlinge, die sich im Comité International de Dachau zusammenschlossen, war es zu verdanken, dass 1965 das ehemalige Schutzhaftlager zur Gedenkstätte umgestaltet wurde. Im früheren Wirtschaftsgebäude entstanden eine große Ausstellung sowie ein Archiv und eine Bibliothek. In den folgenden Jahren wurden auf dem Gelände verschiedene religiöse Gedenkort sowie das von dem Künstler und Überlebenden Nandor Glid entworfene Internationale Mahnmal am ehemaligen Appellplatz errichtet. In den 1970er und 1980er Jahren entwickelte sich die KZ-Gedenkstätte Dachau immer stärker zu einem Ort des Lernens und Gedenkens, der weltweites Interesse fand.

Steigende Besucherzahlen, aber auch die Notwendigkeit, das bestehende Informationsangebot wissenschaftlich und didaktisch zu aktualisieren und zeitgemäß zu präsentieren, waren der Anlass für die umfassende Neugestaltung

der KZ-Gedenkstätte Dachau. Im Jahre 2003 wurde eine neue Dokumentationsausstellung mit dem Leitmotiv „Der Weg der Häftlinge“ eröffnet. Informationstafeln erklären die Topographie des Geländes sowie die Geschichte der Gebäude. In den Räumen des früheren Lagergefängnisses entstand zudem eine Ausstellung, welche – wie die Dauerausstellung – die unmittelbare Wirkung des authentischen Ortes verstärkt mit einbezieht. Die baulichen Relikte präsentieren sich nicht nur als atmosphärischer Hintergrund, sie werden zum wesentlichen Exponat.

Seit dem 60. Jahrestag der Befreiung im April 2005 kann man die Gedenkstätte wieder über den historischen Zugang, das Jourhaus betreten. Damit eröffnet sich für die Besucher erstmals die Möglichkeit, die Topographie des früheren Konzentrationslagers in seiner ganzen Dimension zu erfassen. Die Neugestaltung der Gedenkstätte wurde im vergangenen Jahr durch die Eröffnung des Besuchergebäudes abgeschlossen, das inzwischen den Preis des Bundes der Deutschen Architekten Bayern erhielt. Hier finden sich die Besucherinformation und eine Audioguide-Ausgabe, eine Buchhandlung sowie eine Cafeteria.

Heute ist die KZ-Gedenkstätte mit jährlich über 700.000 Besuchern aus aller Welt die meistbesuchte Gedenkstätte in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist Gedenkort und Lernort zugleich.

Im Mittelpunkt der Arbeit der wissenschaftlichen Abteilung stehen der historische Ort des ehemaligen Konzentrationslagers und seiner 140 Außenlager. Die Konzeption für die Gestaltung der ehemaligen Außenlager in Landsberg-Kaufering und Mühlendorf sowie des ehemaligen „SS-Schießplatzes Hebertshausen“ gehört weiterhin zu den Aufgaben.

Die historisch-politische Bildungsarbeit an der KZ-Gedenkstätte ist angesichts der Internationalität seiner Besucherstruktur an zwei Polen verortet: der außerschulischen Jugendbildung und der interkulturellen Erwachsenenbildung. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern entwickelt die KZ-Gedenkstätte Dachau Interview- und Ausstellungsprojekte, Tagungen, Fortbildungen, Exkursionen und Workshops. Eine wichtige Rolle spielt der Austausch mit Komitee der ehemaligen Dachau-Häftlinge, dem Comité International de Dachau und Überlebendenverbänden der verschiedenen Länder.

Die Autorin

Dr. Gabriele Hammermann ist Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau.

KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

Von Jörg Skriebeleit

Die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg zählt heute zu einem Erinnerungsort von europäischem Rang. Bis vor wenigen Jahren galt Flossenbürg allerdings noch als das „vergessene Konzentrationslager“ schlechthin. Dies lag nicht zuletzt am parkähnlichen Erscheinungsbild der Gedenkstätte, das den räumlichen Eindruck des ehemaligen Lagers buchstäblich weichzeichnete und damit die historischen Dimensionen des Lagers marginalisierte. Die von der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen von 1952 bis 1988 gepflegte Stätte umfasste nämlich kaum historische Bausubstanz des Konzentrationslagers. Mehr noch: sofern diese vorhanden war, störte sie das ebenso einheitliche wie eindeutige Pflegekonzept, die Erinnerung in Form eines in die Landschaft eingepassten Waldfriedhofes, und wurde schlicht abgerissen. Dafür fanden sich umso mehr bauliche Relikte des ehemaligen Konzentrationslagers außerhalb des Gedenkstättengebiets.

Pragmatik, Pietät, Protest und purer Zufall. Mit diesen Begriffen lässt sich der Umgang mit Hinterlassenschaften des Konzentrationslagers Flossenbürg für einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert wohl am trefflichsten beschreiben. Als amerikanische Einheiten das Konzentrationslager Flossenbürg am 23. April 1945 erreichten, fanden sie ein fast leeres Lager vor. Die SS hatte mehr als 15.000 Häftlinge zuvor auf Todesmärschen Richtung Süden getrieben. In läute-

rungspädagogischer Absicht und aus sehr pragmatischen Gründen richtete die amerikanische Militärverwaltung im Juli 1945 in den Baracken des soeben befreiten Konzentrationslagers ein Kriegsgefangenenlager für SS-Einheiten ein. Diese POW-Enclosure No. 422 umfasste den ehemaligen Häftlingsbereich sowie das riesige Areal des KZ-Steinbruchs mit den Flugzeughallen der Fa. Messerschmitt. Die amerikanische Militäradministration richtete sich im früheren SS-Bereich ein. Die KZ-Kommandantur wurde zum zentralen Verwaltungsgebäude, das SS-Casino zur Officers Messhall und in den SS-Offiziershäusern, schmuck am Südhang des Ortes gelegen, logierten nun höhere Chargen der US-Army. Einzig das KZ-Krematorium blieb eine Art exterritorialer Bereich, hierfür gab es in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager keinen Bedarf.

Auch nach Auflösung der POW Enclosure 422 blieb der Umgang mit dem früheren KZ-Gelände ein überaus pragmatischer. Im April 1946, exakt ein Jahr nach der Befreiung des Konzentrationslagers, eröffnete die Flüchtlingsverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA, United Nations Relief and Rehabilitation Administration) in Flossenbürg ein Durchgangslager für polnische Displaced Persons (DPs). Diese nicht-jüdischen polnischen Kriegsoffer verband keinerlei persönliches Haftschicksal mit dem KZ Flossenbürg. Dennoch formierte sich aus ihrem Kreis ein Denkmalkomitee mit dem Ziel, auf dem Gelände des

ehemaligen Lagers eine Erinnerungsstätte für die Opfer dieses Konzentrationslagers zu errichten. Durch polnische Initiative entstand in den Jahren 1946 und 1947 in Flossenbürg eine der ersten KZ-Gedenkstätten Europas. Die gesamte Anlage befand sich in einer Senke unterhalb des ehemaligen Häftlingsbereichs, dem Wohnraum der DPs, und hatte die inhaltliche Matrix eines Kreuzweges. Das ehemalige Krematorium fungierte als Relikt und Reliquie. Als Relikt, an dem der tausendfache Tod und auch die Toten am präsentesten waren. Als Reliquie, in deren Umfeld reale und symbolische Grabzeichen errichtet wurden. Fixpunkt der Gedenkstätte war eine aus abgebrochenen Wachtürmen neu errichtete Kapelle, die über dem „Tal des Todes“ thronte und dem gesamten Ensemble eine christliche Sinnstiftung verlieh. Diese Gedenklandschaft wurde nach langwierigem Beschluss des bayerischen Ministerrates am 28. April 1949 unter „staatlichen Schutz und Pflege“ gestellt. Sie war damit nicht nur eine der ersten in Europa, sondern auch die erste KZ-Gedenkstätte Bayerns.

Was „Schutz und Pflege“ bedeuten und wer sie leisten sollte, war zunächst aber völlig unklar. Eindeutig war nur die pragmatische Weiterverwendung des restlichen Lagergeländes. Zeitgleich mit der Unterschutzstellung des „Tals des Todes“ wurde vom bayerischen Finanzministerium der KZ-Steinbruch an ein Gewerkschaftsunternehmen verpachtet. Gleiches geschah mit dem Appellplatz, der

KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

ehemaligen Lagerwäscherei und der früheren Häftlingsküche, die an eine sudetendeutsche Holzspielzeugfabrik vermietet wurden. Verschiedene Verantwortliche wie Flüchtlingsverwaltung, Landkreis oder Kommune, brachten in den noch bestehenden Gebäuden des Lagers - die meisten Holzbaracken waren 1948/49 bereits abgebrochen - unterschiedlichste Personengruppen unter. Das ehemalige Lagergelände war also bereits Ende der 1940er Jahre de facto in einen kleinen Gedenkbereich, ein Gewerbeareal und einen Wohnbereich aufgeteilt.

Die Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte sollten diese Separierung noch verfestigen. Daran änderte auch der Protest französischer und belgischer Häftlingskomitees nichts. Angesichts eines bayernweiten Skandals im Umgang mit den Gräbern von Todesmarschopfern (sog. Dachauer Leitenberg-Skandal) konzentrierten sich die internationalen Verbände in ihren Forderungen in den 1950er Jahren auf den pietätvollen Umgang mit KZ-Opfern und weniger auf den Erhalt historischer Bausubstanz. Im Zuge des Leitberg-Skandals wurde im Freistaat endlich die Zuständigkeit für diese Gräber und die Flossenbürger Gedenkstätte geregelt. Mehr aus purem Zufall denn aus konzeptionellen Gründen wurde die Schlösserverwaltung mit dieser Aufgabe betraut – sie verfügte schlicht über eine Dependence und damit auch Personal auf dem Dachauer Schloss.

„Pietät“ entwickelte sich fürderhin zur Zentralvokabel, mit der in Flossenbürg, aber auch anderswo in Bayern die Zerstörung historischer Bausubstanz legitimiert wurde. Als Ende der 1950er Jahre, als späte Konsequenz aus dem Gräberskandal, in Flossenbürg ein neuer Ehrenfriedhof für mehr als 5.000 umgebettete Opfer der Todesmärsche angelegt werden sollte, formulierte die Schlösserverwaltung damit Gedenkstättenverwaltung ihren baulich-räumlichen und

somit ihren erinnerungspolitischen Imperativ deutlich und zweifelsfrei: „Zur Gestaltung einer würdevollen und friedvollen Anlage ist die Erschließung eines Geländes vorgesehen, das mit der vorhandenen Gedenkstätte verbunden, unmittelbar in die Landschaft einbezogen wurde. (...) Hinterbliebene und Besucher sollen eine friedliche, gewaltlose Stätte vorfinden, die mit Überlegung aber unaufdringlich geplant, liebevoll gepflegt ist und die Erinnerung an das Gewesene mildert.“¹

Die Milderung des Gewesenen, die Minimierung der Relikte zur Maximierung dieser Sinnstiftung sollte bis Mitte der 1990er Jahre die handlungsleitende Programmatik der zuständigen bayerischen Behörden bleiben. Mit der Anlage des Ehrenfriedhofes wurde das Gedenkensemble im „Tal des Todes“ räumlich erweitert und dessen inhaltliche Matrix, eine christlich versöhnende Wirkung, verlängert. Bauliche Hinterlassenschaften, die diese störten, wurden weitestgehend dem Erdboden gleichgemacht. Es gelang immer nur partiell und durch massive öffentliche Proteste, weitere Demolierungen und Destruktionen zu verhindern. So den Erhalt wenigstens eines Rest-Stücks des ehemaligen Arrestbaus Ende der 1960er Jahre, als evangelische Kreise bundesweit gegen den Abbruch des Todesortes von Dietrich Bonhoeffer intervenierten.

Die Dreiteilung des historischen Ortes KZ-Flossenbürg in parkähnliche Gedenkstätte, Gewerbeareal und Wohnsiedlung zementierte sich bis in die Mitte der 1990er Jahre. Ausgelöst durch den 50. Jahrestag der Befreiung und die seitdem entschiedene Präsenz ehemaliger Häftlinge am historischen Ort, begann aber allmählich eine Entwicklung, die das KZ Flossenbürg historisch und räumlich neu dimensionierte. Die Rückübertragung des seit 1948 industriell verwendeten ehemaligen Appellplatzes und der Originalgebäude Lagerwäscherei und Häftlingskü-

che durch den letzten gewerblichen Nutzer an das nunmehr zuständige Bayerische Kultusministerium ermöglichte die grundlegende Neukonzeption der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg. Die beiden Originalgebäude und der Appellplatz wurden seitdem sensibel saniert und sind der Öffentlichkeit nun zugänglich. In der Lagerwäscherei wird nach mehr als 60 Jahren erstmals die Gesamtgeschichte des Konzentrationslagers Flossenbürg in einer modernen zeithistorischen Ausstellung präsentiert. 2010 wurde der komplexen Nachgeschichte dieses Lagers und seines Geländes eine eigene, zwischenzeitlich mit dem Bayerischen Museumspreis prämierte, zweite Dauerausstellung gewidmet. In den folgenden Jahren wird die Gedenkstätte um ein Besucherzentrum und ein Seminarhaus ergänzt sowie das Außengelände landschaftsplanerisch neugestaltet.

Das alles geschieht unter höchstmöglichen denkmal konservatorischen und zugleich innovativkonzeptionellen Prämissen. Dies bedeutet selbstverständlich auch, dass die problematischen Überformungen und Sinnstiftungen der Nachkriegszeit keineswegs „weg“-konzipiert beziehungsweise „geheilt“ werden. Gerade das Nebeneinander von Zeit- und Nutzungsschichten, von memorialästhetischen Interpretationen und Interventionen sowie deren heutige museologisch-pädagogische Verknüpfung macht die Besonderheit des europäischen Erinnerungsortes Flossenbürg aus. Sie lässt diesem Ort jene Bedeutung zukommen, deren Geschichte er repräsentiert und die er mehr als 50 Jahre lang entbehrte.

¹ Erläuterung des Schlösserverwaltung zur Neuanlage eines Ehrenfriedhofs in Flossenbürg vom 28. August 1956, Schlösserverwaltung Nymphenburg, Flossenbürg 6/2, Neugestaltung 1956-1959.

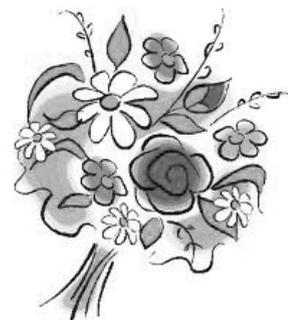
Der Autor

Dr. Jörg Skriebeleit ist Leiter der Gedenkstätte Flossenbürg.

Von Hitler, Stalin und beiden zusammen verfolgt

Erwin Jöris zum 100. Geburtstag

Von Horst Hennig und Gerald Wiemers

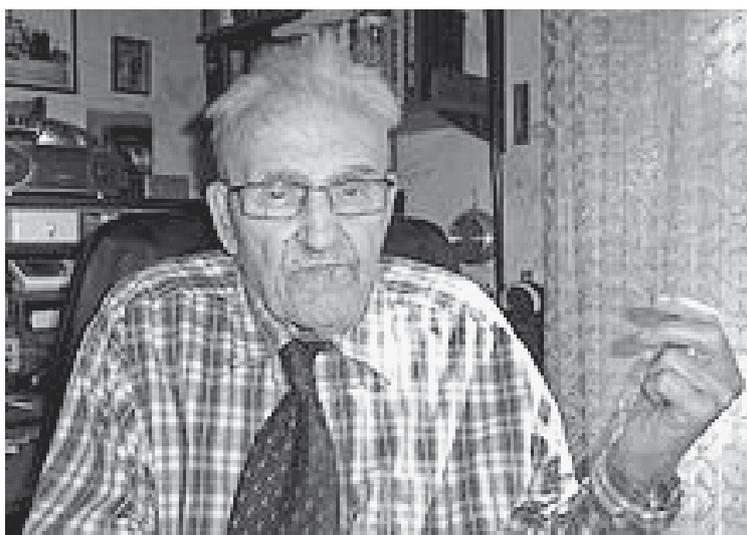


Als 2003 Erwin Jöris zusammen mit seinem Lagerkameraden Dr. Horst Hennig, dessen Buch „Begegnungen in Workuta“ auf der Messe vorgestellt wurde, nach Leipzig kam, erlebten wir einen körperlich stabilen und geistig frischen Mann. Er trug aus seinem bewegten Leben vor. Immer wieder geriet

er inzwischen 90jährige in das Räderwerk der Diktaturen im 20. Jahrhundert. Geradezu magisch schienen ihn die Konzentrationslager anzuziehen. Emotionslos, im klaren Hochdeutsch, etwas eingefärbt vom Berliner Dialekt seiner Heimatstadt, beantwortet er der vorwiegend studentischen Zuhörerschaft alle Fragen zu seiner Person. Er diskutierte gern und

präzise. Sein wacher, kritischer Geist schien auf einem intellektuellen Hintergrund zu stehen. Dem ist aber nicht so. Erwin Jöris wird in eine Berlin-Lichtenberger Arbeiterfamilie hinein geboren. Nach dem Besuch der Volksschule schließt er die Lehre in einer Holzbearbeitungsfabrik ab. Er wird Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) und 1931 Unterbezirksleiter. Nur so glaubt er, den aufkommenden National-

sozialismus wirksam bekämpfen zu können. Offen und unerschrocken vertritt er seine politischen Überzeugungen auch nach 1933. Am 20. März wird er von der SA verhaftet und in Berlin-Spandau zusammen mit Erich Mühsam, Hermann Duncker und Manès Sperber inhaftiert. Im Juni 1933



Erwin Jöris, NS-Widerstandskämpfer und Opfer des Stalinismus, im Oktober 2012, Foto: Nicola.

folgt die Verlegung in das KZ Sonnenburg bei Küstrin/Oder. Dorthin werden auch Ludwig Renn und Carl von Ossietzky gebracht. Der politische Gefangene Jöris lernt aus Gesprächen dazu, bildet sich eine eigene Meinung zu Recht und Freiheit, zu Menschlichkeit und politischer Standhaftigkeit. Er wird zunehmend immun gegen den Bazillus der ideologischen Indoktrination und folgt allein seinem Gewissen.

Im März 1934 kommt er aus dem KZ frei und folgt im Mai der Aufforderung der verbotenen und illegal wirkenden KPD, nach Moskau zu emigrieren. Hier erfährt er die Diskrepanz zwischen marxistischer Theorie und praktischer Umsetzung. Während eines Industriepraktikums in Swerdlowsk

erlebt er, wie Industrie- und Landarbeiter für Fehler als sogenannte Saboteure verurteilt werden. Auch die grausamen Verhaftungswellen zwischen 1936 und 1938 und die staatlich sanktionierten Morde gehen nicht spurlos an ihm vorüber. Zu den zahlreichen Opfern gehören auch deutsche Kommunisten, darunter Heinz Neumann - einer der besten Redner und

klügsten Köpfe der KPD. Jöris kannte ihn aus Begegnungen im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin. Als er schließlich selbst von der politischen Kontrollkommission der KPD wegen „abweichender politischer Äußerungen“ vernommen werden sollte, beantragte er am 16. August 1937 in der deutschen Botschaft einen deutschen Reisepass. Nahezu unmittelbar danach erfolgte die Festnahme durch den NKWD. Er weigert

sich, einen Antrag auf die russische Staatsangehörigkeit zu unterschreiben und wird in die Butyrka und die Lubjanka gebracht. Die Verhältnisse schildert er als grauenhaft: Selbstmorde und erzwungene Selbstbezeichnungen sind an der Tagesordnung. All das erschien ihm als Vorhof zur Hölle.

Ohne Prozess wurde Erwin Jöris im April 1938 in die Gegend von Memel gebracht und an der deutsch-russischen Grenze der Gestapo übergeben. Offensichtlich gab es schon eineinhalb Jahre vor dem Hitler-Stalin-Pakt einvernehmliche Interessen zwischen beiden Diktaturen. Nach Verhören in Berlin-Moabit wird Jöris 1939 entlassen und 1940 zur Wehrmacht eingezogen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges nimmt ihn die Rote Armee 1945 vor Berlin gefangen und entlässt ihn 1946.

Als er in der DDR im Dezember 1949 von einem deutschen KPD-Funktionär, der in Moskau gelebt hat, erkannt und als „Verräter des Proletariats“ denunziert wird, folgte am 19. Dezember 1949 die Verhaftung durch den sowjetischen Geheimdienst MGB sowie die Verurteilung vor einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Workuta. In dieser unwirtlichen Gegend nördlich vom Polarkreis mit einem neun Monate lang währenden Winter und Temperaturen bis zu

minus 50 Grad C arbeitet Erwin Jöris in den Kohleschächten 9 und 10 „zum Wohle des Sozialismus“. Sein Lagerkamerad Siegfried Jenkner charakterisiert ihn so: „Er hat die Haftjahre im arktischen Workuta nicht nur überlebt, sondern mit „Berliner Schnauze“, mit Herz, in einer Weise gemeistert, die für seine Haftkameraden im Kohleschacht und in der Lagerbaracke Hilfe und Ermutigung zum Durchhalten war.“ Erst im Dezember 1955 kommt er nach Intervention der deutschen Bundesregierung frei und lässt sich in Köln nieder.

Seit der friedlichen Revolution 1989 versucht Erwin Jöris vor allem jungen Menschen die Werte der Demokratie und seine Erfahrungen mit zwei Diktaturen nahe zu bringen. Anlässlich einer Archivreise, zusammen mit anderen politischen Häftlingen 1995 nach Moskau, kann Erwin Jöris die über ihn angelegten Akten der Komintern aus dem Jahre 1934, einen damals von ihm geschriebenen Lebenslauf, Spitzelberichte, die Anklage und Verurteilung von 1949/50 einsehen. Auf dem Friedhof „Berlin II“ in Workuta ehrt er die zu Tode gekommenen deutschen Kommunisten und die anlässlich des Gefangenenaufstandes im Schacht 29 über 60 erschossenen Häftlinge unterschiedlicher Nationalität vom 1. August 1953.

1995 wird Erwin Jöris durch den Militärhauptstaatsanwalt der Russischen Föderation vollständig rehabilitiert. 2002 erhält er aus der Hand des damaligen Kölner Oberbürgermeisters Fritz Schramma das Bundesverdienstkreuz am Bande. Das schönste Geschenk hat sich der bescheidene Mann, der zwei Diktaturen erfolgreich widerstanden hat, selbst gemacht: 2004 erschien seine Autobiographie „Ein Leben als Verfolgter unter Hitler und Stalin“. Im Vorwort schreibt sein Haftkamerad Werner Gumpel: „Die Zeit, von der Erwin Jöris berichtet, liegt mehr als ein halbes Jahrhundert zurück. Die Zeugen des Geschehens sind weitgehend verstummt und das Leid jener Jahre ist Geschichte - Geschichte aber, über die im Hinblick auf die Verbrechen des Kommunismus weitgehend die Decke des Schweigens gelegt wurde und wird. Umso wichtiger ist es, dass Zeitzeugen wie Erwin Jöris zu Wort kommen - Menschen, die die nationalsozialistische und die kommunistische Diktatur in ihrer ganzen Grausamkeit am eigenen Leib verspürt haben.“

Am 5. Oktober 2012 beging dieser außergewöhnlich mutige und standhafte Mann seinen 100. Geburtstag. Zahlreiche Glückwünsche erreichten ihn, nicht zuletzt von Karl Wilhelm Fricke mit einem Aufsatz im Deutschland-Archiv.

Debatte um ein NPD-Verbot

Der Antrag auf Erklärung auf Verfassungswidrigkeit der NPD ist nun Tatsache. Kurz vor Jahresende hat der Bundesrat mit deutlicher Mehrheit den entsprechenden Beschluss gefasst. Redaktion, Herausgeber und der Vorstand des BWV-Bayern machen bis heute kein Hehl daraus, dass sie strikt für ein Verbot der NPD eintreten. Gleichwohl

muss zur Kenntnis genommen werden, dass gewichtige Stimmen, und zwar von Wissenschaftlern, Juristen und Politikern, die ein eher abwägendes, wohl auch zögerliches, als striktes Vorgehen gegen die NPD bevorzugen, ohne freilich ihre selbstverständliche Gegnerschaft zur NPD dabei auch nur millimeterweit zurückzuneh-

men. Einer von ihnen ist der Autor dieser Thesen, seit langem bekannt als scharfer Analytiker totalitärer Strömungen aller Couleur.¹⁾ Seine Thesen sollen ein anregender Beitrag zu einer breiten Diskussion sein.

1) Siehe auch FREIHEIT UND RECHT 2011/3+4, Armin Pfahl-Traugber, Der Rechtsterrorismus im Verborgenen

Kann und soll man die NPD verbieten?

30 Thesen zu juristischen und politischen Aspekten

Von Armin Pfahl-Traugber

Angesichts ihrer verfassungsfeindlichen Grundpositionen fordern viele Demokraten ein Verbot der NPD: Welche Argumente sprechen dafür? Welche Argumente sprechen dagegen? Und: Wie steht es um die juristische Dimension des Problems? Dazu positionieren sich die folgenden 30 Thesen:

1. Nach dramatischen Ereignissen mit rechtsextremistischen Bezügen bricht mit einer gewissen Regelmäßigkeit eine Debatte über ein NPD-Verbot aus, wobei die anlassgebenden Vorkommnisse nicht notwendigerweise direkt etwas mit der Partei zu tun haben müssen.

2. Gleichwohl verdient unabhängig von dieser Erkenntnis die Frage „Kann und soll man die NPD verbieten?“ inhaltliche Aufmerksamkeit, handelt es sich doch um eine eindeutig rechtsextremistische Partei mit demokratie- und menschenfeindlicher Ausrichtung.

3. Eine Debatte in diesem inhaltlichen Kontext sollte um der Differenzierung willen aber die Frage einerseits nach der juristischen Möglichkeit und andererseits nach der politischen Notwendigkeit getrennt voneinander betrachten und erörtern.

4. Für den letztgenannten Bereich gibt es einleuchtende und tragfähige Sachargumente für wie gegen ein Verbot, was demnach eine abwägende und differenzierende Begründung bei der Ausformulierung eines entsprechenden Votums notwendig macht.

Argumente für ein Verbot der NPD

5. Die NPD artikuliert ihren aggressiven Rechtsextremismus durch die Forderung nach einer Ablösung des demokratischen Systems und die Hetze gegen Angehörige verschiedener Minderheiten, womit die Grenze der Toleranz auch in einer Demokratie überschritten ist.

6. Da die Partei in den letzten Jahren im Sinne eines „Staubsauger“-Effekts die Neonazi-Szene angezogen und die DVU integriert hat, würde das Verbot der NPD zu einer Schwächung des gesamten rechtsextremistischen Lagers führen.

7. Es käme durch einen solchen Schritt sowohl zur Auflösung der aktuell bedeutsamsten Wahlpartei wie zur Verhinderung einschlägiger öffentlicher Propaganda wie zur Zerschlagung wichtiger sonstiger Organisationsstrukturen im Rechtsextremismus.

8. Zwar sieht die NPD in der Gewaltanwendung selbst nicht ihren primären Handlungsstil, die von ihr ausgehende fanatische Agitation befördert aber in deren politischem Umfeld von der Neonazi- bis zur Skinhead-Szene einschlägige Neigungen und Potentiale.

9. Die Beschlagnahmung des Besitzes und die Zerschlagung der Strukturen der NPD nach einem Verbot würde Rechtsextremisten eine bedeutende organisatorische Basis zur Propagierung ihrer demokratie- und fremdenfeindlichen Auffassungen nehmen.

10. Das Bestehen der NPD als legaler Partei führt nach entsprechenden Voten bei Wahlen zu Ansprüchen auf die Parteifinanzierung, womit aktuell die materielle Absicherung der Feinde des demokratischen Staates durch die Gelder des demokratischen Staates erfolgt.

11. Mit einem Verbot würde innerhalb und außerhalb Deutschlands ein wichtiges politische Signal ausgesandt, wonach man als Lehre aus der deutschen Geschichte die Fortexistenz von Parteien mit einer zumindest pro-nationalsozialistischen Ausrichtung nicht duldet.

Argumente gegen ein Verbot der NPD

12. Auch Rechtsextremisten sind Träger von Grundrechten wie dem der Meinungs- und Organisationsfreiheit, wodurch die Forderung nach einem Parteiverbot in einem objektiven Spannungsverhältnis zu demokratischen Prinzipien steht.

13. Gleichwohl können solche Maßnahmen um des Schutzes einer liberalen Demokratie willen angemessen sein, wobei der NPD aber aktuell die dafür nötigen politischen Machtpotentiale zur realen Gefährdung der republikanischen Staatsordnung fehlen.

14. Die Forderung nach einem Parteiverbot muss die angemessene und wirkungsvolle Antwort auf ein reales Problem sein, was weder bezogen allgemein auf rechtsextremistische Gewalttaten noch hinsichtlich des NSU-Rechtsterrorismus der Fall ist.

15. Verbote von rechtsextremistischen Organisationen bedingen keineswegs notwendigerweise eine Schwächung dieses Lagers, stieg doch die Anzahl der Neonazis trotz über 30 Verboten einschlägiger Gruppen seit den 1990er Jahren auf mehr als das dreifache an.

16. Ein Parteiverbot behindert allenfalls zeitweise die Entwicklung rechtsextremistischer Organisationen, dürfte sich doch die Mehrheit der Anhänger der NPD nach einem solchen Schritt längerfristig wieder in anderen legalen oder illegalen Kontexten betätigen.

17. Für die Sicherheitsbehörden stellt der letztgenannte Gesichtspunkt ein besonderes Problem dar, lassen sich doch öffentlich agierende rechtsextremistische Bestrebungen besser beobachten als konspirativ operierende Gruppen.

18. Da in und um die NPD auch ein gewaltbereiter Teil von Rechtsextremisten aktiv ist, besteht objektiv die Gefahr der Radikalisierung in Richtung einer forcierten Gewaltanwendung als dominierende Handlungsoption von einschlägigen Aktivisten.

Die juristische Dimension der Verbotsfrage

19. Das Grundgesetz ermöglicht das Verbot von Parteien, sofern sie „nach ihren Zielen“ die Beseitigung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ anstreben, was angesichts einschlägiger Bekundungen hochrangiger NPD-Funktionsträger für diese Partei der Fall ist.

20. Bezogen auf die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ präsentierte das Bundesverfassungsgericht im SRP-Urteil 1952 einen Merkmalskatalog, hinsichtlich des Verständnisses von „aggressiv kämpferisch“ mangelt es indessen an einer klaren Definition.

21. Nach dem KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956

spielt für ein Verbot die „Aussicht“ auf eine absehbare Umsetzung von verfassungswidrigen Zielen keine Rolle, was aber für den Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte sehr wohl der Fall ist.

22. Die dort aufgestellten Kriterien gehen bezogen auf eine zu verbietende Partei von einem „realen Potential“ zur Erlangung der Macht und von einer „dringenden gesellschaftlichen Notwendigkeit“ aus, was bezogen auf die NPD in Deutschland nicht der Fall ist.

23. Dieser rechtsextremistischen Partei gehörten Ende 2011 lediglich



Der Autor:

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Brühl und ebendort Herausgeber des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET).

6.300 Mitglieder mit sinkender Tendenz an, sie sitzt nur in zwei Landtagen und verbucht bei Bundestagswahlen kontinuierlich Ergebnisse von weit unter fünf Prozent der Stimmen.

24. So ist zwar das Kriterium „verfassungswidrig“ des Bundesverfassungsgerichts, aber nicht das Kriterium „reales Potential“ des Europäischen Gerichtshofs erfüllt, was ein Erfolg des Verbotsverfahrens im

erstgenannten und ein Scheitern im letztgenannten Fall erwarten lässt.

25. Die „V-Mann-Problematik“, die beim ersten NPD-Verbotsverfahren zu einem Scheitern durch Nicht-Fortsetzung führte, scheint durch die Abschaltung der Informanten der Verfassungsschutzbehörden kein Problem mehr zu sein.

Gewichtung der Argumente in der Gesamtschau

26. Ein Abwägen der Argumente für und gegen ein NPD-Verbot führt hier zu einer ablehnenden Auffassung, würde das „scharfe Schwert“ eines solchen Schrittes doch gegenüber einer gesamtgesellschaftlich kaum bedeutsamen politischen Kraft eingesetzt.

27. Die Anhänger und Protagonisten eines Parteiverbotes können bislang die Frage „Für welches Problem soll das NPD-Verbot die Lösung sein?“ nicht beantworten, gibt es doch für die Deutung der Partei als primärem Bedingungsfaktor für Gewalt keine Belege.

28. So besteht die Gefahr lediglich symbolischer Politik, womit ein NPD-Verbot objektiv als Ausdruck der Ablenkung von anderen Problemfeldern des Rechtsextremismus und als Mittel der Selbstdarstellung von Handlungsfähigkeit wirken könnte.

29. Die Fixierung auf einen repressiven Akt gegen eine Partei des Rechtsextremismus ignoriert denn auch die gesellschaftliche Dimension des Rechtsextremismus, kann man doch entsprechende Einstellungen als deren sozialem Resonanzboden nicht verbieten.

30. Da sich rechtsextremistische Mentalitäten auch nach einem NPD-Verbot weiterhin in anderen Kontexten finden werden, sollte eine Strategie gegen Rechtsextremismus primär in einer aufklärerischen Dimension für Demokratie und gegen Extremismus bestehen.

Spät kommt ihr, doch ihr kommt.

Von Erich Loest

Als der Schriftsteller Gerhard Zwerenz 1957, gejagt vom Leipziger SED-Chef Paul Fröhlich, um dem Zuchthaus zu entgehen in die Bundesrepublik flüchtete, empfingen ihn Weggefährten, die sich vom Marxismus gelöst hatten - die Altgläubigen nannten sie Renegaten - , unter ihnen Wolfgang Leonhard, von dem «Die Revolution entlässt ihre Kinder» stammte, mit den Worten: „Du kommst spät, aber du kommst.“

Als ich zwei Jahre später im Zuchthaus Bautzen II eintraf, verbreitete sich Freude im Haus: Jetzt ist der Mann, der „Die Westmark fällt weiter“ geschrieben hat, endlich auf die Schnauze gefallen. Nach und nach setzte sich die Meinung durch: „Der Erich hat endlich begriffen, es wurde auch Zeit.“

Seitdem hat sich meine Ablehnung des Marxismus-Leninismus nicht geändert. Auf einer SPD-Tagung 1985 in Bonn, die von Peter Glotz geleitet wurde, waren sich alle einig: Wir sind keine Antikommunisten, wie denn das aber auch! Als letzter sprach ich: „Wer mich zum Feind erklärt, muss damit rechnen, von mir als Feind behandelt zu werden.“ Mein Antrag, in die SPD aufgenommen zu werden, versickerte danach; das sollte sich zweimal wiederholen.

Die Bundesrepublik hatte mich willkommen geheißen. Als ich wenig über meine Haft und ihre Gründe nachweisen konnte, verwies ich auf die Arbeiten von Karl-Wilhelm Fricke, meinem Vorgänger in Bautzen und als Ausgezeichneter mit diesem Preis, und alles kam ins Lot.

Ich geriet unter linke Lehrer und Autoren, die mir profund erklärten, wie es in der DDR zugehe und mich baten, nicht auf Beifall von der falschen Seite zu setzen, das seien



Erich Loest

Foto: E. S. Myer

CDU und Springer. Ich erwiderte, dann hätte ich ja gleich in der DDR bleiben können.

Meine Jahre in der Bundesrepublik gehören zu den besten meines Lebens. Verlage und Redaktionen des Rundfunks und des Fernsehens unterstützten mich. Zensur fand nicht statt, das Goethe-Institut schickte mich in die Welt, ich las in allen größeren deutschen Städten außer Passau und in vielen kleinen und in Dörfern auch. Ich verdiente gut,

Preise blieben nicht aus. Aber immer wieder, vorzüglich im Schriftstellerverband, stieß ich auf Misstrauen. Die Hoffnung auf revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus lebte weiter natürlich in der KPD und schwelend auch in Teilen der SPD. Die Kontakte maßgeblicher Verbandsfunktionäre zu Kant und Hermlin in Ostberlin waren eng, wenn nicht herzlich, der Austritt von Reiner Kunze wurde in Kauf genommen. In der Einschätzung der polnischen Gewerkschaft „Solidarität“ schieden sich die Geister, für uns war sie lang erhoffter Aufbruch gegen die Diktatur, für andere katholische Konterrevolution, wenn nicht gar eine neue SA. Nach einem Kongress 1984 in Saarbrücken, als Schlammschlacht in die Verbandsgeschichte eingegangen, waren die Fronten klar. Alle wollten friedlichen Ausgleich, die östliche Seite allerdings ohne Thematisierung von Menschenrechten. Es galt auch in der großen Politik nicht mehr als fein, von Diktatur in der DDR und Stasiwillkür zu reden. Immer mehr Schriftsteller kehrten dem Verband den Rücken, darunter fast alle Westberliner.

Honecker bereiste die Bundesrepublik, allerhand Zeitungen nannten ihn einen großen deutschen Patrioten. Herzlichster Empfang an der Saar durch Oskar, der rötete aller Teppiche wurde durch Franz Joseph in München ausgerollt. In diesen Tagen fiel bei mir das Telefon aus wie auch bei Biermann, Kunert, Kunze, Zwerenz, Schacht, Giordano, Hans Christoph Buch, Jürgen Fuchs und Peter Schneider. Nachdem Hone-

cker fort war, renkte es sich wieder ein, was für ein Zufall aber auch. Wir dürfen nicht unterschlagen: Alle Bemühungen bundesdeutscher Politiker damals, das Verhältnis zur DDR zu entkrampfen, dienten der Absicht, den kalten nicht in einen heißen Krieg umschlagen zu lassen. Dabei kam es zu persönlichen Kontakten, die, losgelöst, heute wie Anbiederung ausschauen. Die Wandlung durch Annäherung fand auch mal bei Wodka und Whisky statt. Wir Dissidenten passten nicht in dieses Gefüge, es wäre aber übertrieben, uns Bauernopfer zu nennen. Wir waren, um im Bild des Schachspiels zu bleiben, Bauern, die isoliert am Rande ausharrten. Einmal traf ich Gerhard Löwenthal, den einzigen, der noch gegen Mauer und Stacheldraht anging. Heiter grüßte ich: „Na, Sie kalter Krieger?“ Er freute sich sehr.

Dann sackte der kommunistische Block stinkend und staubend in sich zusammen. Auf einmal waren wir die, die immer recht gehabt hatten und mussten aufpassen, nicht als Sieger der Geschichte aufzutreten. Wie Hans Modrow im Dezember 1989 sogar das Neue Forum für seine Zwecke einspannte, den Staat opferte und seine Partei erhielt, wird in allen Nuancen noch zu erforschen sein. Meine bemerkenswerte Erzählung „Hans und Bäbel“ darf dabei gern genutzt werden. Meine Damen und Herren vom heute mich preisenden Förderverein, hier eröffnet sich für Sie und ihre Freunde ein weites, lohnendes Tätigkeitsfeld.

Ich kehrte nach Leipzig zurück und begegnete den alten Konflikten in nicht erwartet zäher Form. Die Akten der Staatssicherheit kamen ans Licht, wie ein Sturzbach rissen sie alte Vorstellungen davon, schmerzhaft und erhellend zugleich, Lebensläufe und Freundschaften gerieten in teils vernichtende Strudel. Tröstlich: Keiner der Dissidenten war Spitzel gewesen. Die PDS, ausgestattet mit beherzten Kadern und sehr viel Geld, erreichte bisweilen mehr als zwanzig Prozent der Wählerstimmen, in manchen Bereichen, so anfangs bei den Thomanern, unter Lehrern und beharrlich an der Universität, wirkte der revolutionäre Geist teils offen, teils verborgen und

verbissen weiter. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Editionen in Berlin um den Eulenspiegel-Verlag, die marxistische Zeitung Junge Welt“, die im Sinne alter vermuteter Klassenkampfgesetze von der „Konterrevolution von 1989“ spricht, sind in unserer Demokratie erlaubt. Mir ist es gestattet, dagegen anzugehen.

Der erste Wirbel, in den ich geriet, war der um den Wiederaufbau der Universitätskirche, deren Sprengung von Ulbricht und Fröhlich befohlen worden war. Die Gegner setzten sich durch. Als in Dresden die neubaute Frauenkirche geweiht wurde, hing an der Leipziger Universität ein Lappen mit dem Text: „Leipzig ist nicht Dresden, Gott sei Dank.“ Weder der Rektor noch der Senat, vom Studentenrat zu schweigen, weder der Oberbürgermeister oder Vertreter von Kirchen, CDU oder SPD lehnten sich auf. Ich war ohnmächtig und litt wie ein Hund.

Der Chefredakteur einer Leipziger Tageszeitung lud mich zum Kennenlernen. Ich bot ihm die Namen aller Stasispitzel in seiner Redaktion an - sie waren mir zugespielt worden, wie es listig heißt. Er wollte nichts wissen, seine Tschekisten blieben.

An der Frontseite der Universität ragte ein Bronzerelief, Karl Marx und den Seinen gewidmet, es wurde besonders vom Rektor Franz Häuser zäh verteidigt. Ich schrieb und redete dagegen an, fand zeitweise Verbündete, und unterlag. In letzter Minute vor dem Abriss des Universitäts-Plattenbaus wurde das Monstrum zerschnitten, eingelagert und später in einem Winkel des Universitätsgeländes wieder aufgestellt. Das Geld dafür, 300 000 Euro, stammte von der Landesregierung, Ministerin Stange hatte es bewilligt. In diesem Hinterhof wirkt es heute wie ein gestrandetes Fabelwesen aus vergangener Zeit.

Ein Museum verwahrt das Riesenschild von Werner Tübke „Arbeiterklasse und Intelligenz.“ Es stammt aus den siebziger Jahren und hatte im Universitätshauptgebäude gehangen. Weithin galt es als große, reine Kunst, ein Wissenschaftler vom Main ernannte es zum bedeutendsten Kunstwerk des 20. Jahrhun-

derts. Ich mühte mich zu erklären, was keiner sah oder sehen wollte: Der Sieg des Marxismus über den bürgerlichen humanistischen Geist an der Leipziger Universität bildete das Thema, das Christenkreuz fand Entsorgung und Kirchensprenger Paul Fröhlich seinen ehrenden Platz. Ich redete, schrieb und scheiterte. Nach heutigem Stand soll die Malerei auch im neuen Gebäude seinen Platz finden.

Wenn schon, dachte ich, weiterhin der Sieg des Sozialismus gepriesen wird, sollte auch den Opfern Respekt erwiesen werden. Lange suchte ich nach einem Maler, der dies auf sich nehmen wollte, und fand ihn in Reinhold Minkewitz. Wir verabredeten ein Bild mit Porträts des Studenten Werner Ihmels, der im Zuchthaus starb, von Studentenfürer Siegfried Schmutzler und Studentenratsvorsitzenden Wolfgang Natonek, die zu langen Haftstrafen verurteilt wurden, und den Professoren Hans Mayer und Ernst Bloch, deren Lehrmeinungen nicht ins ulbrichtsche Schema passten und die von der Uni weichen mussten.

Das Gemälde hing vier Monate lang in der Galerie von Klaus Eberhardt und stand eben so lange bei mir im Keller, niemand in Leipzig wollte es haben. Da übergab ich es dem Museum meiner Heimatstadt Mittweida. Eine zweite, größere Fassung bot ich der Leipziger Medienstiftung an und musste länger als zwei Jahre warten, ehe mein Geschenk angenommen wurde. Jetzt besteht Aussicht, das Ziel zu erreichen: Die Malerei „Aufrecht stehen“, ergänzt durch das Porträt von Herbert Belter, den das NKWD in Moskau erschoss und von dem wir bisher wenig wussten, findet Platz im Neubau der Universität am Augustusplatz.

Ich stelle mir vor, wie bei der Einweihung einige neben der klugen Rektorin Beate Schücking, Minkewitz und mir sitzen werden, die sich einst heimlich oder offen gegen unser Vorhaben stemmten und sich beim besten Willen nicht mehr daran erinnern können. Ich hoffe, vermutlich vergeblich, dass ich dann nicht denke: Spät kommt ihr, aber ihr kommt.

Später Sieg der Diktaturen?

Von Waldemar Ritter

Ich war vier Wochen in Polen, einem Land, in dem jedem aufmerksamen Zeitgenossen Geschichte und Kultur begegnen. Ich traf wieder politische und wissenschaftliche Freunde, wunderbare Menschen, die selbst Geschichte in der Geschichte sind, von dem subkulturellen „Zwergen“-Aufstand in Breslau bis zur Solidarność, deren Anteil am Fall der Mauer nicht überschätzt werden kann. Und ich begegnete Ryszard Horowitz, dem weltberühmten Künstler, Fotografen und Regisseur, der mit sechs Jahren einer der Jüngsten auf Schindlers Liste war und Auschwitzüberlebender ist.

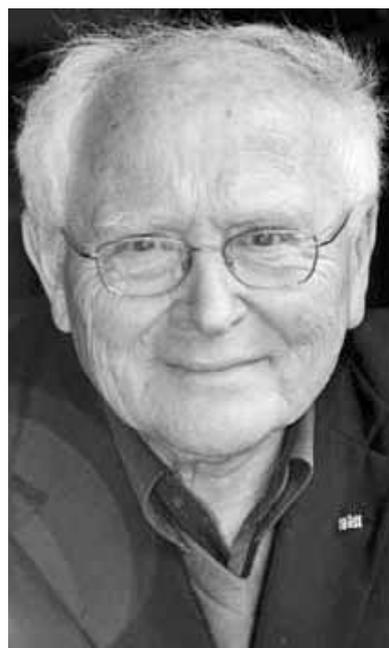
In Polen kennen die Menschen ihre Geschichte und die Zeitgeschichte Europas. Ganz Europas! Sie wissen um den Gegensatz zwischen Diktatur und Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie. Sie fragen: Kennen die jungen Menschen anderswo die Geschichte ihres Landes und Europas? Wissen sie um den Zusammenhang zwischen Terror und Massenmord, systemimmanenter Unterdrückung, Konzentrationslagern, der Missachtung der Menschenrechte und der Selbstbestimmung, den Hitler-Stalin-Pakt, der zum Überfall auf Polen führte, zu Katyn und nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur? Haben ihre Lehrer bedeutende Wissenschaftler wie den deutschen Historiker Jörg Baberowski (*Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*) oder den polnisch-britischen Soziologen Zygmunt Baumann (*Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*) gelesen? Haben sie sich mit den Zurufen der geistigen Eliten Polens, Tschechiens, der baltischen Staaten und Ungarns auseinandergesetzt, dass es noch eine andere Geschichte in Europa gibt? Beide, Hitler und Stalin wollten mit dem

Einsatz grenzenloser Gewalt homogene Gesellschaften schaffen und liebten „Höchstleistungen“ beim Töten.

Natürlich weiß ich auch um den Mangel an politisch-historischem und zeitgeschichtlichem Wissen in Deutschland, vor allem an unseren Schulen. Aber ich wusste nicht, was die neueste Forschung offenbart, deren Ergebnisse drei Tage nach meiner Rückkehr aus Polen auf meinem Schreibtisch lagen. Ich war fassungslos. Die Mehrheit der deutschen Schüler kann nicht zwischen Nazi-Deutschland, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden. Viele Jugendliche wissen nicht, dass die Nazizeit und die DDR Diktaturen waren und die Bundesrepublik eine Demokratie ist. - Diktatur? Demokratie? Keine Ahnung! - Gestapo? Voll Null! -

Mit dem Politologen Klaus Schröder von der Freien Universität Berlin halte ich diese Ergebnisse für bedrohlich: „Später Sieg der Diktaturen?“, so fragt seine neue Jugendstudie und bietet damit eine Erklärung an für zeitgeschichtliche Unkenntnis und Vorurteile deutscher Jugendlicher.

Insgesamt glauben rund 40 Prozent der Schüler, dass kaum Unterschiede bestehen zwischen Nationalsozialismus, der SED-DDR sowie der Bundesrepublik Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung. Diese Schülergruppe ist der Auffassung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Selbstbestimmung seien in allen vier Systemen etwa gleich ausgeprägt. Nur auf den ersten Blick ist überraschend, dass Schüler mit „DDR-Eltern“ oder mit mindestens einem ausländischen Elternteil - sogenannte Migrantenkinder - den Nationalsozialismus und die DDR



Dr. rer. pol. Waldemar Ritter, Bonn, Politologe und Historiker.
Foto: Veronika Holzbach

positiver sehen, als ihre Altersgenossen mit westdeutschen Eltern. Die Bundesrepublik und das wiedervereinigte Deutschland sehen sie hingegen negativer als diese. Das alles ist ein bildungspolitischer, ein pädagogischer Offenbarungseid, zumal viele Schüler nicht einmal in der Lage sind, die von ihnen persönlich für richtig gehaltenen Werte oder deren Gefährdungen in der Realität zu erkennen.

In einer Diskussion mit Studenten war ich über einen Beitrag erschrocken, dass „die Deutsche Demokratische Republik schon deshalb eine Demokratie gewesen sein muss, weil sie sich doch selbst so genannt hat“. Die Doktrin der SED-Diktatur, des DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht: „Es muss demokratisch aussehen, doch wir müssen alles in der Hand haben“ kannte der Sprecher nicht.

Aufwachen! Hinschauen! Unsere Schulen und alle anderen Verantwortlichen und sind gefordert. Wertorientierter Unterricht ist die entscheidende Wissensquelle für Jugendliche, die zu Erkenntnisgewinn führt. Und höheres Wissen geht mit angemessenem Urteilen einher. Dabei ist auch die mangelnde Kontextualisierung der in Gedenkstätten

angebotenen Information offenkundig. Wir sollten weniger in „Gedenkstättenhopping“, sondern mehr in soliden Geschichtsunterricht investieren, einschließlich Vor- und vor allem Nachbereitung der Gedenkstättenbesuche.

Obwohl in der Studie nicht untersucht, erscheint mir die Wirkung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Deutschland durchaus ähnlich. Endlos Wiederholungen: Hitlers Idole, Hitlers Frauen, Hitlers Krieger, Hitlers Manager, Hitlers Helfer. Nicht die weiße Rose, nicht Herbert Belter, nicht Freislers NS „Volksgericht“ gegen den deutschen Widerstand, und nicht der originale Prozess gegen Adolf Eichmann, sondern seine Gefangennahme in Argentinien ist in den vergangenen Monaten gefühlte 50 mal gelaufen. Am 20. Juli, dem Jahrestag des Attentats auf Hitler, werden Stauffenberg und dem deutschen Widerstand gerade 45 Minuten morgens um 5

Uhr 45 gewidmet. Am Abend, wenn auch Jugendliche schauen, läuft der Film „Die Mongolen“ im Reich des Dschingis Khan.

Und kein „Shitstorm“ über die Ergebnisse der Studie. Keine Empörungswelle bei der sonst massenhaften öffentlichen Entrüstung zu einem Thema, das Internet und Medien überflutet. Stattdessen „Niveaulimbo“ in der Jugendsprache mit wulffen, pyro, blowmo, swag.

Was ist eigentlich los in unserem Land? Wieviel Verantwortungsethik für unsere Jugend und deren demokratische Zukunft haben wir noch bei den Kulturministern, in der politischen Bildung, in der politischen Klasse und in der veröffentlichten Meinung?

Unsere Schüler wissen viel über den Nationalsozialismus, aber sie wissen nicht das Richtige. Sie haben offensichtlich aus der Vergangenheit das Falsche gelernt. Sie

können das System - ebenso wie die SED-Diktatur der DDR - als Ganzes nicht erkennen. Kenntnisse, Fakten müssen vermittelt werden, aber sie müssen in einen Wertezusammenhang gestellt werden, damit die Schüler in der Lage sind, historische Phänomene auch einzuordnen, um gegenüber diktatorischen Verführungen jeder Farbe gewappnet zu sein. Wenn sie nicht wissen, wo die Trennlinie zwischen Demokratie und Diktatur verläuft, dann können sie das nicht.

Die Parallelität der sensiblen Fragen in Polen mit den Ergebnissen der neuesten Forschung in Deutschland ist schockierend. Das wesentliche ist nicht in die Mitte gestellt. Das ist zeitgeschichtliches Analphabetentum. Alle verantwortlichen Menschen in Deutschland müssen aufwachen und hinschauen. Im Gegensatz zu den Ignoranten gilt: Aus der Geschichte kann jeder lernen, wenn er sie kennt.

Antikommunismus und Antinationalsozialismus

Verwirrung der Begriffe

Von Wolfgang Buschfort

Antikommunismus und Antifaschismus – es scheint kaum größere Gegensätze in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion zu geben. Die DDR als „antifaschistischer Staat“ auf der einen Seite, die „alte“ Bundesrepublik als der Staat, in dem Kommunisten und damit „Antifaschisten“ verfolgt wurden, auf der anderen – kann es größere Unterschiede geben?

„Antikommunismus“ war immer ein Kampfbegriff, war immer eine Möglichkeit, politische Gegner politisch einzuordnen oder zu ver-

unglimpfen. Der Antifaschist war gut, der Antikommunist war böse, jedenfalls seit Ende der 60er Jahre. Doch: War jeder Antifaschist Demokrat? Sicherlich nicht. Die Auseinandersetzungen um die Ehrung kommunistischer Widerstandskämpfer - die sie ohne Zweifel waren - legen ein beredtes Zeugnis hiervon ab.

Auch nicht jeder Antikommunist war ein Demokrat. Manche waren nazistisch erheblich vorbelastet, etwa eines der prominentesten Entführungsoffer in die DDR, Walter Linse vom Untersuchungs-

ausschuss Freiheitlicher Juristen.¹ Oder die militanten Antikommunisten, etwa im Bund Deutscher Jugend, waren das etwa Demokraten oder war das nicht doch eher eine Art HJ, verbunden mit ein wenig Wehrsport im Werwolfgedenken?

Um den Zusammenhang von Antifaschismus und Antikommunismus beurteilen zu können muss zunächst einmal das „Anti“ entfernt werden. Und dort werden wir auf erstaunliche Parallelen stoßen, ja auf eine nicht nur punktuelle Zusammenarbeit beider Seiten.

Auf ähnliche Ideologien und Stoßrichtungen, etwa den Antisemitismus.

„Ismen“ als Machterringungsstrategie

Der Heidelberger Karl Loewenstein, der im amerikanischen Exil 1937 am Amherst College die Idee einer wehrhaften Demokratie konzipierte², die vor allem vom späteren bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner in die bundesdeutsche Verfassungsdiskussion eingebracht wurde,³ war der Faschismus weniger eine Ideologie als mehr eine Machterringungsstrategie. Dabei setzte er voraus, dass Umstürze in der Neuzeit nicht mehr mit Gewalt sondern - zunächst - mit Hilfe der Zersetzung und Propaganda herbeigeführt werden - eine Auffassung, der sich später fast wortgetreu der BGH anschloss⁴ - und versuchte zu ergründen, wie die „Machtergreifung“ der NSDAP in Deutschland möglich gewesen war⁵. Dagegen könne sich der demokratische Staat durchaus wehren. Ob Uniformverbot für Parteiformationen, das Verbot, Gerüchte zu streuen oder Parteien- und Versammlungsverbote, der demokratische Staat habe zahlreiche Möglichkeiten.

Doch das kämpferische Eintreten für die Demokratie bedeutete nach 1945 nicht nur den Kampf gegen Nazis. Es galt auch, den kommunistischen Machtanspruch, den Weg in die rote Diktatur abzuwenden.

Zusammenarbeit zwischen Nazis und Kommunisten

Schon in der Weimarer Republik hatte es zahlreiche punktuelle Zusammenarbeiten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gegeben. Es sei nur an die

Massenkundgebung des Hermann Remmele, 1924 KPD-Vorsitzender, erinnert, die dieser im August 1923 in Stuttgart abhielt, zu der auch ein nationalsozialistischer Redner eingeladen war, der die Massen begeisterte. So wie Remmele dies eine Woche zuvor bei einer NS-Kundgebung in Stuttgart getan hatte. Damals hatte er Nazis und Kommunisten zum Befrei-



Der Autor

Dr. Wolfgang Buschfort, Jg. 1961, zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte, zur DDR, zur Geschichte von Nachrichtendiensten und politischem Extremismus.

ungskampf mit der Waffe in der Hand aufgefordert.⁶ Gemeint war nicht nur der proletarische Befreiungskampf, sondern auch der nationale. Erinnert sei auch an den gemeinsam von NSDAP und KPD in Berlin durchgeführten BVG-Streik 1932. Vor 1933 hatten beide Parteien sporadisch zusammen gearbeitet, um den Rechtsstaat zu zerstören, 1939 hatte dann das nationalsozialistische Deutschland nur durch Stalins Entgegenkommen den 2. Weltkrieg beginnen können. Nicht nur die Kampfmethoden und das Verhältnis zum Rechtsstaat waren vergleichbar, auch das Personal teilweise austauschbar: Volksgerichtshofsprä-

sident Roland Freisler ist eins der prominenten Beispiele von Personen, die zunächst für die KPD agitierten, um dann in der NSDAP Karriere zu machen.

Wie sehr diese Identität etwa beim SPD-Ostbüro eine Rolle spielte, zeigt die Schriftenreihe über das Leben in der DDR. Sie hieß „Tatsachen und Berichte aus der Sowjetzone“. Die Schriften erschienen unter Titeln wie „Von der HJ zur FDJ“ (Nr. 1), „Von der DAF zum FDGB“ (Nr. 2), „Von der NSDAP zur KP/SEP“ (Nr. 3), „Von der Gestapo zum SSD“ (Nr. 4) oder „Von der NS-Frauenschaft zum DFD“ (Nr. 5).

Wenn Günther Grass seine Tulla im „Krebsgang“ sagen lässt, sie sei Stalins letzte Getreue, und sie im gleichen Atemzug die klassenlose Gesellschaft eines KdF-Schiffes zum Vorbild für jeden wahren Kommunisten erhebt⁷, dann zeigt genau das, was für einen Teil der Sozialdemokraten nach 1945 ausgemacht war: Nationalsozialismus und Kommunismus sind zwei Seiten derselben Medaille. Diese Denkrichtung, den sozialistischen, klassenlosen Anspruch der Volksgemeinschaft in der NSDAP zu betonen, war lange verschollen und wurde erst durch Götz Aly ein wenig in die allgemeine Geschichtsschreibung zurück geholt.⁸

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen stieß schon früh auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Alt- und Neunazis auf der einen Seite und der KPD/SED auf der anderen. Im März 1950 erfuhr eine Quelle, dass die Nationale Front beschlossen habe, „mit den nationalistischen Gruppen in der Bundesrepublik Verbindung aufzunehmen. Auf Ersuchen Moskaus sollten es vor allem die deutschen ehem. Generale sein (...). Gesprochen wurde von einem Treffen Lenski⁹-Remer¹⁰.“ Also

dem Treffen eines Beisitzers von Hitlers Volksgerichtshof und Mitorganisator des Aufbaus der „Kasernierten Volkspolizei“ (KVP) der DDR mit demjenigen, der den Aufstand am 20. Juli 1944 in Berlin niedergeschlagen hatte. Informationen, dass Remer und die neonazistische SRP vom Osten gesponsert wurden, gab es viele.¹¹ Wenig später wurden gar Juden in der Bundesrepublik durch die Staatssicherheit mit antisemitischen Briefen bedroht.¹² Und auch bei den Tätern der Synagogenschmierereien in Köln ist der Übergang zwischen Links- und Rechtsextremismus fließend.

Die SED bemühte sich sehr um die Altnazis in der Bundesrepublik. Am 29. und 30. Januar 1951 fand in Ostberlin unter dem Titel „Treffen von Vertretern der jungen Kriegs- und Frontgeneration zu einem gesamtdeutschen Gespräch“ eine obskure Zusammenkunft von FDJ-Funktionären mit ehemaligen HJ-Führern und Wehrmachtsoffizieren bei Coca Cola und tschechischem Bier statt. Organisiert hatte dieses Treffen HJ-Oberbannführer Wilhelm Jurzek, Wortführerin der FDJ war Margot Feist, später verheiratet als Margot Honecker, kurz schaute auch der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker vorbei; der HJ-Führer Feilcke wurde gar von Otto Grotewohl empfangen.¹³ Der Verfassungsschutz hatte schon im Vorfeld des Treffens Informationen über die Teilnehmer erhalten, so auch über einen HJ-Führer, der seit 1945 unter falschem Namen auftrat und der Nationalen Front in Hamburg angehörte.¹⁴ Die Organisation stand unter Leitung des Altnazis von Mücke. Dieser bekam, so sagte es Georg Jost, Westabteilungsleiter der Nationalen Front 1953 vor der Koblenzer Staatsanwaltschaft aus, monatlich 6.000-7.000 Mark an Unterstützung aus dem Osten, dazu Spesen.¹⁵ Auch der HJ-Führerkreis soll aus Ostberlin gesponsert worden sein, demnach erhielt er von der Nationalen Front 35.000 Mark zum Aufbau einer Zeitung.¹⁶

Symptomatisch für viele Organisationen war der Gesamtdeut-

sche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft (GALF), im Dezember 1949 von der Nationalen Front gegründet. Das Präsidium war in Ostberlin, Geschäftsführer war der Generalsekretär der „Gegenseitigen Bauernhilfe“ Kurt Vieweg, SED. Die Westarbeit wurde von der Geschäftsstelle in Frankfurt/M. ausgeführt, unter Anleitung des KP-Funktionärs Richard Scheringer aus Dürrnhof bei Ingolstadt. Beim GALF traf sich linker Neutralismus mit nazistischer Blut- und Boden-Ideologie. Enger Mitarbeiter der Frankfurter Geschäftsstelle wurde so der ehemalige Gaubauernführer und SS-Sturmbannführer Dr. Artur Troendle.¹⁷ Der GALF gab mit erheblicher finanzieller Unterstützung aus der DDR mehrere Zeitungen heraus.¹⁸ Der NRW-Verfassungsschutz stellte fest: „Auf zahllosen Veranstaltungen und in den hier genannten Zeitungen wurde der westdeutsche Bauer nunmehr durch Männer angesprochen, die ihm aus der Zeit des Dritten Reiches als fachlich hochqualifiziert und als national gesinnt bekannt waren.“¹⁹ Der GALF wurde als kommunistische Tarnorganisation am 10. April 1957 durch den Landesinnenminister aufgelöst, er hätte auch als NS-Traditionsverband aufgelöst werden können. Selbst Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner versuchte die DDR als Verbündeten zu gewinnen, der im Krieg selbstherrlich eigene Soldaten zum Tode verurteilt hatte.²⁰

All diese Vorkommnisse rücken die Kommunisten von SED und KPD nicht in eine linke, sondern sehr rechte Ecke, in die der Neonazis. Auch inhaltlich argumentierten beide Seiten identisch: Die Bundesrepublik als Unrechtsstaat. Der bekannte Antisemit, Naziprofessor und spätere Neonazi Friedrich Grimm veröffentlichte in den 50er Jahren ein Standardwerk mit dem Namen „Politische Justiz - die Krankheit unserer Zeit“. Der Titel hätte auch vom Ostberliner Rechtsanwalt Karl Friedrich Kaul stammen können. Antikommunismus aus demokratischer Überzeugung heraus ist, so gesehen, eine Form des Antifaschismus.

Gemeinsamer Judenhas bei Linksextremen und Islamisten

Die Auffassung von einer gewissen Identität kommunistischer und nationalsozialistischer Ideologie mag fremd erscheinen. Doch sie lässt sich sogar auf die heutige Zeit übertragen. Mit dem Ende der RAF, dem vermehrten Auftreten rechtsextremer Gewalttäter und der neuen Gefahr des Islamismus, der täglich in Staaten wie dem Irak, Afghanistan, Pakistan, Nigeria oder dem Sudan zahllose Tote fordert, wird der Linksextremismus nicht mehr als Gefahr wahr genommen. Zumal dann, wenn er sich „antifaschistisch“ geriert. Doch wenn wir uns die Internetpräsenz von Linksextremisten ansehen oder anhören, was Repräsentanten dieser Antifagruppen vor allem auf islamistischen Veranstaltungen von sich geben, dann ist dies kaum zu unterscheiden vom Judenhas eines „Stürmers“. Eine begeisterte Hinwendung sogenannter Antifaschisten und Linksextremisten zu Islamisten, die inzwischen selbst in bestimmten linken Gruppierungen wie den Antideutschen als Islamfaschisten oder Klerikalfaschisten bezeichnet werden. Das, was auf Internetseiten wie jener eines Marcel Bartels passiert, ist nichts anderes als neofaschistische Politik in rotem Gewand. Hier wurden schon wenige Stunden nach der Tat beispielsweise die Attentate des Ausländerhassers Breivik gerechtfertigt. Vieles wird, wie bei Streichers „Stürmer“, getarnt als Satire, dann ist der Judenhas gerichtlich nicht ganz so schnell angreifbar, und versehen mit einem Blog zum Thema Abmahnungen und Verbraucherschutz: Mit Speck fängt man bekanntlich Mäuse.

Armin Pfahl-Traugher erklärt die Anti-Israelhaltung mit der antiimperialistischen Stoßrichtung der Linksgruppen,²¹ doch diese Erklärung reicht m.E. nicht aus. Denn Taten imperialistischer arabischer Staaten, etwa Syriens Einflusnahme im Libanon, werden

nicht kritisiert, ebenso wenig beispielsweise der türkische Kampf gegen Kurden im Irak. Kritisiert wird Israel, weil Juden sich anmaßen, aus Sicherheitsgründen politisch und militärisch im nicht-eigenen Staatsgebiet Einfluss zu nehmen. Carsten Koschmieder spricht eher vorsichtig von zumindest „kritikloser Solidarität mit manchen Gegnern Israels“, die „Solidarität mit Antisemiten“ bedeute.²² Da der offene Antisemitismus „tabuisiert und teilweise strafbewehrt“ sei, könne Israelkritik als Umwegkommunikation wirken.²³ Genau dies ist das Problem: Der Linksextremist schlägt genauso wie Rechtsextremisten und Islamisten auf Israel ein, weil es hier gegen Juden geht. Es geht nicht darum, eine Siedlungspolitik zu kritisieren, die es im Irak und in Syrien gegen die Kurden, in Marokko gegen die Bevölkerung der Westsahara in ungleich brutalerer Art und Weise gegeben hat und gibt. Es geht darum, Anlässe für eine Kritik am jüdischen Staat zu finden.

Ähnliches gilt heute auch für bestimmte Gruppierungen der „Links“partei. Wenn in Duisburg der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei fordert, israelische Produkte zu boykottieren, ganz der NS-Ideologie folgend „Deutsche kauft nicht bei Juden“, dann handelt es sich kaum um den Hilfsversuch für notleidende Palästinenser. Er hat noch nie zum Boykott von Waren aus dem Sudan, aus Gaddafis Libyen, aus Nord-Korea oder gar dem Iran aufgerufen. Sondern es ist der Nationalsozialismus in neuem Gewand, der Kampf gegen Juden, gegen einen Judenstaat, den dieser Herr Dierkes wiederum für, so wörtlich, läppisch, also für entbehrlich hält. Es ist der Judenhass, der auch in der vorgeblich antifaschistischen DDR weitergeführt und gepflegt wurde, auch hier im antiimperialistischen Gewand als Israelkritik. Und da verwundert es dann auch nicht mehr, dass auf der Internetseite der Duisburger Linkspartei ein mit Hitlerzitatenspicktes Flugblatt und einem

Hakenkreuz zu finden war. Das weder von Parteigeignern noch Parteifreunden moniert wurde - man hatte wohl nichts anderes erwartet - sondern von Journalisten.

Heute fehlt der Wille, den Antisemitismus von links und den Islamismus in Schulen und Vereinen so zu bekämpfen, wie wir es selbstverständlich mit nationalen Kameradschaften, der NPD und auch sogenannten Rechtspopulisten machen. Der Islamismus ist genauso eine Machterringungsstrategie wie es der Nationalsozialismus war. Und er hat Verbündete. Die Linkspartei setzt sich im Rheinland für islamistische

Religionsschulen ein, sogenannte Antifaschisten marschieren unter Hassgesängen mit einem islamistischen Verein durch Duisburgs Innenstadt. Einem Verein, dessen Mitgründer vor Gericht stand, weil auf seiner Internetseite zur Ermordung von Juden, Russen und Amerikanern aufgerufen wurde. Doch der antitotalitäre Konsens ist lange aufgekündigt in Deutschland, der antikommunistische Konsens noch länger. Faschistoide Aussagen von links werden akzeptiert, wenn die Sprücheklopfer, wie beispielsweise im Duisburger Rathaus, über die notwendigen Mandate zur Sicherung einer Koalition verfügen.

- 1 Vgl hierzu Bästlein, Klaus: Vom NS-Täter zum Opfer des Stalinismus: Dr. Walter Linse. Ein deutscher Jurist im 20. Jahrhundert. Schriftenreihe des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 27, Berlin 2008.
- 2 Vgl. Loewenstein, Karl: Militant Democracy and Fundamental Rights, in: The American Political Science Review, Vol. XXXI, Heft 3/1937, S. 417-432 sowie Teil 2 in Heft 4, S. 638-658.
- 3 Schiffers, Reinhard: Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1951, Düsseldorf 1989, S. 36.
- 4 Ebenda S. 317f.
- 5 Ebd. S. 423.
- 6 Vgl. Dupeux, Louis: „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1918-1933, München 1985, S. 200. Remmele wurde 1939 in der Sowjetunion standrechtlich erschossen.
- 7 Grass, Günther: Im Krebsgang, Göttingen 2002, S. 40.
- 8 Aly, Götz: Hitlers Volksstaat, Frankfurt 2005.
- 9 Generalmajor Arno von Lenski, im NS-Staat als Beisitzer am Volksgerichtshof an mehreren Todesurteilen beteiligt, später führend beim Aufbau der KVP/NVA der DDR tätig. So war Lenski der erste Chef der „Verwaltung Motorisierung/Panzerwesen“ im DDR-Innen- bzw. anschließend Verteidigungsministerium.

- 10 HStA NW 511 001, Vermerk Aust. Dü. Nr. 589 v. 23.3.50. Ernst Remer schlug in Berlin den Aufstand vom 20. Juli nieder und engagierte sich in der Nachkriegszeit in rechtsextremen Parteien, so auch in der später verbotenen SRP.
- 11 Vgl. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik, S. 333f.
- 12 Mertens, Lothar: „Westdeutscher“ Antisemitismus? MfS-Dokumente über eine Geheimaktion in der Bundesrepublik Deutschland, in: DA Nr. 12/94, 27. Jg., S. 1271-1273.
- 13 Manuskript *Ronald Obara* zum 20-jährigen Dienstjubiläum, S. 37.
- 14 HStA NW 511 002, Bericht Aust. Dü. Nr. 94 v. 30.1.51
- 15 Bestand LMI, 4025/100-220, Vermerk v. 28.2.64, Protokoll v. 27.10.53, S. 3.
- 16 Ebenda, S. 7.
- 17 geb. am 19. Mai 1899.
- 18 Bestand LMI Handakten Beschaffung, Ordner 2000, Vermerk v. 5.3.58, S. 8.
- 19 Bestand LMI Handakten Beschaffung, Vermerk o. Dat.
- 20 Steinkamp, Peter: „Meine Richter müssen lernen, Unrecht zu tun.“ Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner – ein ehemaliger „Gerichtsherr“ auf der Anklagebank, in: Perels, Joachim u. Wette, Wolfram (Hg.) Mit reinem Gewissen. Wehrmachttrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer, Berlin 2012, S. 53.
- 21 Pfahl-Traughber, Armin: Israelfeindschaft, S. 150.
- 22 Ebenda S. 156.
- 23 Koschmieder, Carsten: Die Entstehung, S. 184.

Hans Marquardt 85

Beispiel sozialdemokratischen Widerstands gegen die SED-Diktatur



Bereits am 1. Juli dieses Jahres wurde der gebürtige Stettiner, seit mehr als einem halben Jahrhundert im Großraum Düsseldorf ansässige Hans Marquardt 85 Jahre alt. Als der Krieg und mit ihm die mörderische Nazidiktatur zu Ende gingen, war er knapp 18 Jahre alt. Er hatte überlebt, interessierte sich für das Zeitgeschehen und die (damals) jüngste deutsche Geschichte und trat Anfang 1946 in die wiedergegründete SPD ein, um kurz darauf erleben zu müssen, dass seine, die Partei dieses glühenden jugendlichen Verehrers von Kurt Schumacher im Gebiet der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands erneut in die Illegalität gedrängt wurde. Was die Generation Hans Marquardts zum Zeitpunkt des Geschehens noch nicht wissen – höchstens ahnen – konnte, war die Tatsache, dass Stalin in den späten Kriegsjahren bereits Konzepte zur „Diktaturdurchsetzung“ (so der vom Dresdner Historiker Mike Schmeitzner, Jg. 1968, geprägte Begriff mit Gültigkeit für den gesamten

von Sowjettruppen besetzten Teil Europas, dem späteren Ostblock) hatte ausarbeiten lassen.

Auch eine Lehrerausbildung, die Hans Marquardt auf der



Hans Marquardt.

Ostseeinsel Rügen durchlief, konnte ihn nicht zum Anpasser an die von der Besatzungsmacht inszenierten sowjetideologischen Denkschemata ummodellieren. Für den klaren Denker war es kein Angebot, sondern eine

Beleidigung, die Verteidiger der Weimarer Demokratie (SPD) mit ihren Zerstörern (neben der NSDAP die KPD) zu einer Partei „vereinigen“ zu wollen. Marquardt

verschwie seine Einstellung nicht. 1951 wurde er verhaftet, im Stasi-Keller gefoltert und schließlich zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen er fast sechs Jahre durchlitt, weil er wie viele seiner Haftkameraden selbstverständliche Grund- und Menschenrechte in Anspruch genommen hatte.

Wenn einstige Anhänger und Hilfswillige der SED-Politik sich heute darüber beklagen, dass die DDR (zu recht) die Bezeichnung „Unrechtsstaat“ trägt und dies

ihrer „Biografie“ abträglich sein könnte, dann empfehlen wir den Damen und Herren Biografiegeschädigten, eine intensivere Beschäftigung mit dem SED-Regime, dem sie gedient haben.

Jürgen Maruhn

Neuerscheinungen

Tom Mannewitz:

Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990.

Ursachen für Wahlerfolge und -misserfolge

Baden-Baden 2012 (Nomos-Verlag), 506 S., 74 €

Nach der Auflösung des Staatensystems des „real existierenden Sozialismus“ fanden sich die kommunistischen Parteien in einer ganz neuen Situation: Im Osten verloren sie den Status einer herrschenden Staatspartei und mussten sich in Konkurrenz gegenüber anderen Parteien bei Wahlen behaupten. Im Westen verloren sie das inhaltliche Leitbild in Form konkreter politischer Systeme und mussten daher einen Wandlungsprozess im Kontext der neuen Rahmenbedingungen durchmachen. Mal konnte man dabei Erfolge verbuchen, mal war dies bei Wahlen nicht der Fall. Wovon dies genau abhängig war und ist, will der Politikwissenschaftler Tom Mannewitz in seiner Studie „Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990. Ursachen für Wahlerfolge und –misserfolge“ untersuchen. Demgemäß lautet seine Hauptfragestellung bezogen auf ausgewählte Länder Europas: „Woran liegt es, ... dass linke Parteien, die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen, bei diesen Wahlen scheitern, bei jenen reüssieren ...?“ (S. 21).

Nach Ausführungen zu Begriffsklärungen, Forschungsstand und Untersuchungsgegenstand stellt der Autor zunächst seine Methode vor. Auf Basis einer vergleichenden Betrachtung, die sich des „Qualitative Comparative Analysis“ (QCA)-Ansatzes bedient, untersucht er kommunistische und postkommunistische Parteien in Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, der Schweiz, der Slowakei und Tschechien. Berücksichtigung finden allerdings nur die Parteien, die zwischen 1990 und 2010 regelmäßig an Wahlen teilnahmen. Dies wären für Deutschland eben die PDS bzw. „Die Linke“ und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“, aber nicht die „Deutsche Kommunistische Partei“. Es handelt sich demnach um vergleichende Fallstudien zu sechs west- und drei osteuropäischen Ländern. Deutschland bildet dabei einen Ausnahmefall,

gehörte doch Ostdeutschland zuvor zum Staatensystem des „real existierenden Sozialismus“. Insgesamt kommt Mannewitz bezogen auf Erfolge wie Misserfolge zu folgenden Ergebnissen:

Entscheidend sei nicht jeweils ein monokausal wirkender Faktor, sondern eine Fülle von miteinander einher gehenden Gesichtspunkten. Dabei könnten jeweils hinreichende und notwendige Bedingungen unterschieden werden. Ausschlaggebend in Osteuropa seien mobilisierbare nationalistische Einstellungen, traditionelle Prägungen durch die sozialistischen Gesellschaften und politische und soziale Transformationsprobleme. In Westeuropa spielten Gefühle der Orientierungslosigkeit angesichts von ökonomischen Problemen und die Mobilisierung gegen rechtsextremistische Gefahren eine entscheidende Rolle. Bezogen auf das Agieren der politischen Subjekte heißt es: „Der parlamentsorientierte Linksextremismus ist, was seine Erfolgsaussichten bei Wahlen angeht, ein Spielball der äußeren Umstände. Er kann seine Wahlergebnisse kaum selbst lenken, sondern muss auf günstige Gelegenheiten hoffen. .. Im Umkehrschluss bedeutet dies, die Parteien können günstige Gelegenheiten kaum durch eigenes Fehlverhalten ... verspielen“ (S. 455).

Mannewitz Arbeit beeindruckt gleich aus mehreren Gründen: Es handelt sich um eine der wenigen Studien zur Entwicklung des Linksextremismus im länderübergreifenden Vergleich. Der Autor hat eine klar formulierte Fragestellung, die konsequent im Sinne eines „roten Fadens“ die inhaltliche Ausrichtung der Studie prägt. Mit seinem methodischen Ansatz kann er zuvor entwickelte Hypothesen durch einschlägige statistische Daten kritisch prüfen. So erhält man eine wissenschaftlich gut abgesicherte Deutung, die hinreichende und notwendige Bedingungen für Erfolg und Niederlage der gemeinten Parteien benennt. Außerdem erlaubt die Auswahl der Untersuchungsobjekte auch noch interessante Vergleiche zur Entwicklung in Ost- und Westeuropa. Da es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine Promotionsschrift handelt, sind auch manche so erklärbaren Längen vor allem im methodischen Bereich verzeihlich. Mit der Fixierung auf Verfahren wie die QCA droht aber auch eine „Mathematisierung“ der Politikwissenschaft.

Armin Pfahl-Traugher

Alexander Spencer / Alexander Kocks /
Kai Harbrich (Hrsg.)

Terrorismusforschung in Deutschland

Wiesbaden 2011 (Verlag für Sozialwissenschaften),
321 S. €

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben dem Thema „Terrorismus“ in Öffentlichkeit und Wissenschaft einen hohen Stellenwert des Interesses gegeben. Für den Bereich der Forschung war dies in Großbritannien, Israel oder den USA bereits vor diesen Ereignissen der Fall, was an der Existenz einschlägiger Institute gut ablesbar ist. Doch wie steht es in Deutschland um Ansätze und Einrichtungen zum Thema? Antwort auf diese Frage wollen die Autoren und Herausgeber des Sammelbandes „Terrorismusforschung in Deutschland“ geben. Hierbei handelt es sich um ein Sonderheft der „Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik“ (ZFAS), das die Politikwissenschaftler Alexander Kocks, Kai Harbrich und Alexander Spencer herausgegeben haben. Ihnen geht es allgemein um eine Bestandsaufnahme. Hierbei richtet sich der Blick auf unterschiedliche Disziplinen wie Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Soziologie und Völkerrecht. Gleichzeitig soll der Band ein Forum für aktuelle Forschungsarbeiten zu Terrorismus und Terrorismusbekämpfung sein.

Die elf Beiträge wurden in drei zentrale Themenblöcke eingeteilt. Dabei geht es zunächst um die Perspektiven der Terrorismusforschung, wobei dies Christopher Daase und Alexander Spencer aus politikwissenschaftlicher, Mindia Vashakmaze aus völkerrechtlicher, Dennis Bangert aus spieltheoretischer und Sylvia Schraut aus geschichtswissenschaftlicher Sicht einschätzen. Gleich im ersten Beitrag nehmen die Autoren auch zur Definitionsfrage kritisch Stellung: „Es ist ... illusorisch, nach dem semantischen Kern des 'Terrorismus' zu suchen. Der Kern liegt vielmehr im Gebrauch des Begriffs, und zwar in der designatorischen Praxis, Formen der politischen Gewalt zu delegitimieren“ (S. 29). Hier kann man zwar

mit guten Gründen anderer Auffassung sein, aber diese Deutung stellt sehr wohl eine bedenkenswerte Position dar. In diesem Teil beschreiben die Autoren auch Erklärungsansätze für die Ursachen, wobei etwa individual-psychologische ebenso wie kollektiv-rationale Erklärungen des Terrorismus kritisch gewürdigt werden.

Im nächsten Block geht es um die Analyse einzelner Aspekte des Terrorismus: Christine Hikel geht auf den politischen Mord in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland ein, Stephanie Rübenach untersucht Ende und Verfall terroristischer Gruppen, Ralph Rotte und Christoph Schwarz wollen mit dem strategischen Ansatz den transnationalen Terrorismus analysieren. Und Sebastian Huhnholz widmet sich dem Spannungsverhältnis von Dschihadismus- und Terrorismusanalyse in Sicherheitspolitik und Wissenschaft. Im letzten Teil zur Terrorismusbekämpfung steht die Rolle des UN-Sicherheitsrates in der globalen Terrorismusbekämpfung bei Christian Kreuder-Sonne, die Effektivität von Counter-Terrorismus am Beispiel des Bundestrojaners bei Franz Eder und die Beeinflussung politischen Handelns im Kampf gegen den Terrorismus bei Hendrik Hegemann, Regina Heller und Martin Kahl im Zentrum des Interesses. Am Ende formulieren die Herausgeber noch eine Bilanz zu Problemen und Schwächen sozialwissenschaftlicher Terrorismusforschung.

Der Band geht auf eine wissenschaftliche Konferenz mit einem Panel zum Thema zurück, was die entsprechende Ausrichtung der einzelnen Aufsätze erklärt. Für eine kritische Bestandsaufnahme hätte man sich inhaltlich und konzeptionell etwas mehr zurücknehmen können. So fehlt dem Band ein wirklich ausführlicher Einführungs- und Überblickstext zu Forschung und Kontroversen im Bereich des Terrorismus. Dies leistet nur in Ansätzen der Beitrag von Daase/Spencer zu Entwicklung und Stand der politikwissenschaftlichen Terrorismusforschung, der zu Definition und Ursachen des Terrorismus nur fragmentarisch einschlägige Ansätze beschreibt und einschätzt. So hätte man sich ausführlichere Darlegungen zu den Unterschieden von konstruktivistischen, kritischen und rationalistischen Deutungen gewünscht. Gleichwohl handelt es sich um einen außerordentlich interessanten Sammelband auf hohem Niveau, wofür etwa die Beiträge zur „Lebenslaufdynamik“ von Rübenach und zum strategischen Ansatz von Rotte/Schwarz stehen.

Armin Pfahl-Traughber